



University
of Basel

Institute for
European Global Studies

EUROPA  INSTITUT
Institute for European Global Studies

NEWSLETTER

Juli 2021 | Nr. 132

Grusswort

Liebe Leserinnen und Leser

Die regulatorischen Herausforderungen der zurückgewonnenen Bewegungsfreiheit prägen diese Nummer des Newsletters – COVID-19 wird uns als interdisziplinäres Forschungsinstitut auch weiterhin beschäftigen. Im Editorial diskutiert Prof. Christa Tobler das rechtliche Verhältnis der Schweiz zur EU im Kontext von COVID-19 sowie die Konsequenzen der Pandemie für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Insbesondere geht es um die für die Personenfreizügigkeit relevante Frage der Covid-Zertifikate, deren gegenseitige Anerkennung derzeit umgesetzt wird. Hinzu kommen Hürden, die durch das Ende der Verhandlungen zum Institutionellen Rahmenabkommens entstanden sind.

Des Weiteren lesen Sie in dieser Ausgabe Beiträge zu den beiden Europakolloquien, die im Frühjahrssemester stattfanden. Eines setzte sich mit der Frage auseinander, inwiefern die Schweiz eine Covid-Insel darstellt, das andere, wie die praktische Arbeit der Schweizer Menschenrechtsdiplomatie ausgestaltet ist. Die eingeschränkten Reise- und Besuchsmöglichkeiten haben die Bedeutung eines globalen Forschungsaustausches nochmals betont – nach wie vor werden solche Debatten im Europainstitut geführt, wenn auch in virtuellen Räumen. Prof. Ralph Weber und Dr. Lerato Posholi ermöglichten mit dem Workshop zu «Keywords for India, and Beyond? Enriching the Global Social Science Vocabulary» eine Debatte zu Bedeutung, Herkunft und Kontext theoretischer Konzepte in den Sozialwissenschaften.

Schliesslich stellt die Fachgruppe der Studierenden innovative digitale Formate vor, die entwickelt wurden, um auch in einem durch Virtualität geprägten Semester den Austausch untereinander pflegen zu können.

Last but not least freut es uns, Ihnen unsere aktuelle Gastforscherin, einen Doktoranden und eine neue studentische Hilfsassistentin vorzustellen.

Geniessen Sie den Sommer bei anregender Lektüre und folgen Sie dem EIB auf Twitter, Instagram und Facebook!

Mit den besten Wünschen
Madeleine Herren-Oesch,
Direktorin des Europainstituts

Inhalt

Editorial

COVID-19, die Schweiz und die EU vor der Ferienreisezeit

Aktuelles

Europakolloquien:

«Covid, die Schweiz und die EU»
«Globale Herausforderungen für die Schweizer Menschenrechtsdiplomatie»

Hintergrund

«Keywords for India, and Beyond? Enriching the Global Social Science Vocabulary»

Personalia

Prof. Raquel Varela
Imad Eddine Soualhi
Lea Kasper

Vorschau

Europakolloquien und Working Lunches

Impressum

Herausgeber des Newsletters ist das Europainstitut der Universität Basel mit seinem Förder- und Alumniverein.

T +41 61 207 48 67
europa@unibas.ch
www.europa.unibas.ch

COVID-19, die Schweiz und die EU vor der Ferienreisezeit

Seit anderthalb Jahren stellt die COVID-19-Pandemie Menschen und Staaten vor grosse Herausforderungen. Das ist auch für die juristische Arbeit relevant, welche am Europainstitut geleistet wird. So hat sich unser Doktorand Mark-Anthony Schwesermann mit viel Elan der Frage gewidmet, ob die in der Schweiz geltenden Richtlinien über den Umgang mit einer allfälligen Knappheit in der Notfallmedizin für COVID-19-Erkrankte zu einer Altersdiskriminierung führen. Interessante rechtliche Fragen stellen sich aber nicht nur innerhalb der Schweiz, sondern auch mit Blick auf unser Verhältnis zur EU. Deshalb organisierte das Europainstitut im Mai 2021 ein Europakolloquium zum Thema «COVID, die Schweiz und die EU» mit Dr. Lukas Engelberger, dem «höchsten Gesundheitsdirektor der Schweiz» (Dr. Engelberger ist Präsident der Gesundheitsdirektorenkonferenz der Schweizer Kantone). Das Verhältnis der Schweiz zur EU und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sind gerade in der gegenwärtigen Gesundheitskrise von grosser Bedeutung. Dabei geht es auch um ganz praktische Dinge wie die Einfuhr von Schutzmasken oder – in neuerer Zeit – das COVID-Zertifikat, ein Thema, das zur Zeit mit Blick auf die bevorstehenden Sommerferien besonders aktuell ist. Unter anderem darum geht es in einem Buchkapitel, an dem ich arbeite. Es soll in einem Band über die Beziehungen Schweiz–EU erscheinen, den Prof. Marc Maresceau von der belgischen Universität Gent und ich zusammen herausgeben wollen.

Das Covid-Zertifikat dokumentiert eine Impfung, eine durchgemachte Erkrankung oder ein negatives Testresultat. In Europa gehörte die Schweiz eher zu den «schnelleren»

Staaten: nach den Informationen der Bundesverwaltung wird das System seit dem 7. Juni 2021 schrittweise eingeführt und soll bis Ende Juni 2021 in der ganzen Schweiz zur Verfügung stehen. In der EU haben gewisse Staaten bereits Covid-Zertifikate eingeführt oder sind daran, dies zu tun, z.B. unser Nachbarland Österreich. Für die EU als Ganzes gelten neu vom 1. Juli 2021 bis zum 30. Juni 2022 gemeinsame Regeln über das Covid-Zertifikat. Es handelt sich um zwei EU-Verordnungen. Die erste davon betrifft den Bereich der Freizügigkeit von Personen im weitesten Sinne, also die Freizügigkeit von Erwerbstätigen ebenso wie von wirtschaftlich nicht aktiven Personen. Indirekt ist diese Verordnung auch für die Schweiz relevant: In Drittländern entsprechend dieser Verordnung ausgestellte Zertifikate können mit einem Durchführungsbeschluss der Kommission als gleichwertig anerkannt werden, sofern es um Personen geht, welche in der EU ein Recht auf Freizügigkeit haben. Eine zweite Verordnung betrifft Personen, welche sich gestützt auf andere Regeln rechtmässig in der EU aufhalten. Danach sollen die Vorschriften der ersten Verordnung unter gewissen Voraussetzungen auch hier angewendet werden. Diese zweite Verordnung ist für die Schweiz via das bilaterale Schengen-Abkommen relevant.

Die Schweizer Behörden streben bei der Entwicklung ihres eigenen Systems danach, es EU-kompatibel auszugestalten. Für eine Anerkennung in der EU ist aber nach dem Gesagten ein Tätigwerden der Kommission erforderlich. Dies ist nun am 8. Juli 2021 erfolgt und die Entscheidung über die Anerkennung der schweizerischen Zertifikate liegt somit vor. Das Ganze wäre wohl ein-

facher gewesen, wenn es bilaterales Gesundheitsabkommen gäbe. Ein Entwurf für ein solches Abkommen liegt vor, ist aber bisher u.a. wegen der politischen Entwicklungen zum Institutionellen Abkommen nicht abgeschlossen worden.

Schliesslich enthält die erste EU-Verordnung eine Bestimmung über Reisebeschränkungen. Danach sollen die EU-Mitgliedstaaten für Personen mit anerkanntem digitalem COVID-Zertifikat von zusätzlichen Beschränkungen der Freizügigkeit wie Test- oder Quarantänepflicht absehen – es sei denn, sie seien zum Schutz der öffentlichen Gesundheit notwendig und verhältnismässig. Die Schweiz hat eine solche Regelung für Einreisen in die Schweiz übrigens bereits jetzt eingeführt. Und jetzt sind wir alle gespannt darauf, was dies alles praktisch für den Sommer und Ferienerreisen bedeutet.



Christa Tobler, Professorin für Europarecht am Europainstitut der Universität Basel.

Europakolloquium: «Covid, die Schweiz und die EU»

Am 28. April durfte das Europainstitut Prof. Dr. Christa Tobler und Dr. Lukas Engelberger, Regierungsrat und Vorsteher des Gesundheitsdepartements Basel-Stadt, zum Europakolloquium begrüssen. Die Online-Veranstaltung drehte sich unter dem Titel «Covid, die Schweiz und die EU» um die Kernfrage, ob die Schweiz aus rechtlicher Sicht eine «Covid-Insel» darstellen würde. Obwohl bei der Bewältigung der Coronasituation die nationale Souveränität stark spürbar war, so sind rechtliche Fragen, welche die internationale Zusammenarbeit tangieren, von grösster Bedeutung. Wurde zum Beginn der Pandemie die Ausfuhrbeschränkungen von Schutzausrüstung debattiert, verschob sich die Thematik im weiteren Verlauf der Pandemie auf die Lieferung und Verteilung von Impfstoffen. Besonders für Basel als Grenzregion ist aber auch die Schliessung der Grenzen und die damit verbundene Einschränkung der Personenfreizügigkeit von grösster Bedeutung.

Eingeleitet wurde die Veranstaltung mit einer rechtlichen Einordnung des Verhältnisses der Schweiz und der EU durch Christa Tobler. Die Schweiz befinde sich durch die starke Integrierung der Märkte und den bilateralen Verträgen in einem speziellen Verhältnis zur EU. Dies sei besonders beim Warenverkehr und den Grenzschiessungen erkennbar. Beide Bereiche sind in grossem Masse durch bilaterale Abkommen geregelt. Hierbei könne also nicht von einer «Covid-Insel» gesprochen werden. Anders verhalte sich der Sachverhalt jedoch im Bereich des Gesundheitsschutzes im Zusammenhang mit Reisen. Zwei Punkte seien in diesem Zusammenhang zentral. Einerseits besitze die EU in diesem Bereich lediglich eine unter-

stützende Rolle und die Souveränität liege bei den einzelnen Mitgliedsstaaten. Zudem fehle der Schweiz in den Bereichen, welche harmonisch geregelt sind, ein passendes Gesundheitsabkommen. Seit 2018 liege dafür ein unterschrittsreifer Text bereit. Ohne institutionelles Rahmenabkommen schliesse die EU mit der Schweiz jedoch keine weiteren Marktzugangsabkommen mehr ab. Prof. Tobler hielt zusammenfassend fest, dass die bilateralen Abkommen die Schweiz in die Nähe der EU bringen und die Entstehung einer rechtlichen «Covid-Insel» verhindern. Dieser Sachverhalt werde aber durch zwei Punkte relativiert. Die Verträge beinhalteten Ausnahmeregelungen zum Schutze der Bevölkerung. Weiterführend sei die Schweiz in den Bereichen, welche nicht von bestehenden Abkommen tangiert werden, eine rechtliche «Covid-Insel». In beiden Fällen seien die politischen Beziehungen und das gemeinsame Erarbeiten von Lösungen von zentraler Bedeutung. Dies gelte in besonderem Masse für die Grenzregion Basel.

Mit Regierungsrat Dr. Lukas Engelberger durfte das Europainstitut einen Gast begrüssen, der als Direktor der Schweizerischen Gesundheitsdirektorenkonferenz eine der zentralsten Rollen in der Coronapolitik der Schweiz innehat. Engelberger hielt fest, dass die Politik in dieser Krise auf eine harte Probe gestellt werde. Die Bewältigung dieser Notsituation sei ein Balanceakt zwischen der Durchsetzung von Massnahmen und dem Intakthalten des damit tangierten ordentlichen Rechts. Unter diesem Fokus könne die Schweiz sehr wohl als rechtliche «Covid-Insel» bezeichnet werden. Die Betrachtungsweise sei jedoch frei von negativer Konnota-

tion und beruhe auf der Grundlage, dass die Schweiz im Vergleich zu den europäischen Nachbarn die Krise mit viel milderem Interventionen bewältige. Diese Diskrepanz der Massnahmen führe jedoch zu Spannungen mit den Nachbarstaaten, insbesondere den jeweiligen Grenzregionen. Auch wenn die Regelungen faktisch begründbar seien, so müssen bei der Implementierung der Massnahmen auch immer externe Faktoren beachtet werden. Bei einer zu starken Disproportionalität werde der Schweiz schnell Fahrlässigkeit und die Inkaufnahme von grossen Risiken vorgeworfen. Besonders für Basel, welches stark vom Grenzverkehr abhängig sei, wäre eine solche Missgunst und damit einhergehende Massnahmen gravierend. Um dies zu verhindern sei es notwendig, dass die Problematik der Diskrepanz im nationalen Diskurs thematisiert werde und ein produktiver Austausch mit dem Ausland existiere.

Die Thematik der Veranstaltung war von aktuellem Interesse. Die zahlreichen Teilnehmer nutzten die Möglichkeit rege, um den beiden Spezialisten eine Vielzahl an Fragen zu stellen. Das Spektrum reichte dabei von Fragen bezüglich des Impfpasses und des damit verbundenen Zertifikates bis zu der Thematisierung der Einschränkungen des internationalen akademischen Austausches. Mit den Lockerungen der Massnahmen bietet sich hoffentlich bald wieder die Möglichkeit, solche Veranstaltungen im physischen Raume durchzuführen.

*Pascal Stocker, Hilfsassistent
am Europainstitut*

Europakolloquium: «Globale Herausforderungen für die Schweizer Menschenrechtsdiplomatie»

Erzwungene Flugzeuglandung in Minsk, Menschenrechtsverletzungen an den Uiguren in Xinjiang, die Abschaffung der Todesstrafe im Iran. Die Relevanz und Aktualität der Menschenrechte ist unbestritten. Welche Rolle das Thema Menschenrechte in der aussenpolitischen Praxis der Schweiz spielt, welche Ansätze die Schweiz verfolgt, und welche Verhandlungsstrategien im Dialog mit autoritären Regimes zielführend sind, diese Fragen standen im Zentrum des Europakolloquiums vom 19. Mai. Das Europainstitut freute sich, mit Barbara Schedler Fischer, stellvertretende Chefin der Abteilung Frieden und Menschenrechte im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA und weitgereiste Vertreterin der aussenpolitischen Interessen der Schweiz, eine Expertin für die Schweizer Menschenrechtsdiplomatie als Gast in seiner Online-Veranstaltung begrüßen zu dürfen.

Prof. Madeleine Herren-Oesch eröffnete den Abend mit einer herzlichen Begrüssung und betonte das regelmässig hohe Interesse an Menschenrechtsthemen bei Studierenden, die ihre interdisziplinäre Masterarbeit im Fach European Global Studies verfassen.

In ihrer vielschichtigen Präsentation zeigte Frau Schedler Fischer die Spannweite an aktuellen menschenrechtsrelevanten Themen auf, welche von bewaffneten Konflikten und Migration bis zu Digitalisierung, Populismus und der Unterminderung der liberal-demokratischen Weltordnung reicht. Durch diese globalen Entwicklungen würden die Menschenrechte regelmässig herausgefordert und von manchen Staaten systematisch verletzt, die

sich dann im Rahmen des Völkerrechts auf ihre nationale Souveränität beriefen.

Nichtsdestotrotz betonte die Referentin auch die positiven Errungenschaften der letzten Jahre. Dazu gehörten namentlich Fortschritte bei der Garantie von Menschenrechten, in der Bildung, der Gesundheitsversorgung, der Gleichstellung von Mann und Frau, sowie ein zunehmendes Bestreben von Unternehmen zur Einhaltung der



Barbara Schedler Fischer, stellvertretende Chefin der Abteilung Frieden und Menschenrechte im EDA

Menschenrechte.

Auch die Schweiz sei unmittelbar von globalen Entwicklungen betroffen und hätte daher ein Interesse daran, dass die internationalen Standards von allen Akteuren eingehalten werden. Am Beispiel des Dialogs mit China, den Frau Schedler Fischer selbst führt und der in den letzten Jahren immer mehr ins Stocken geraten ist, zeigt sich, dass es auch zu Rückschritten kommen kann. Am Beispiel Iran lässt sich hingegen gut veranschaulichen, wie die Schweiz im Rahmen der «Guten Dienste» durch ihre Schutzmandate sowohl eine wichtige Ver-

mittlerinnenrolle einnimmt, als auch seit 2003 einen Menschenrechtsdialog führt zu den Themen Minderheitenschutz, Frauenrechte, Rechte von zum Tode verurteilten Menschen und insbesondere Minderjährigen, sowie zur Abschaffung der Todesstrafe.

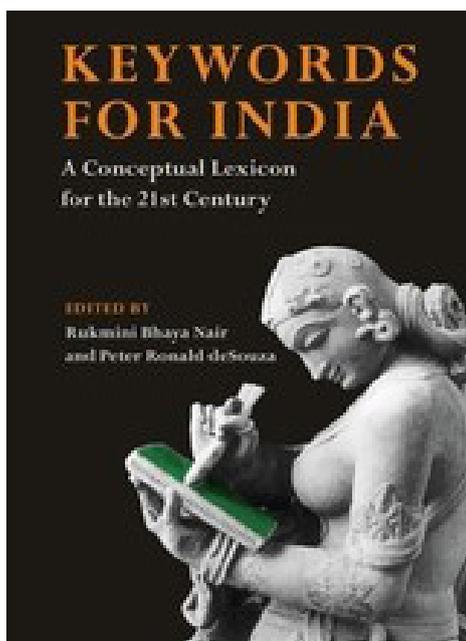
Frau Schedler Fischer ging auf die praktische Seite ihrer Arbeit und des Engagements der Schweiz im Bereich der Menschenrechte ein, bei der grundsätzlich ein wirkungs- sowie konsensorientierten Ansatz verfolgt wird. Brechstangen-Diplomatie sei der falsche Weg, sondern es ginge vielmehr um Kreativität und Agilität, sowie um strategische Partnerschaften und Allianzen. In bilateralen Beziehungen ist ein wichtiger Grundsatz der Schweiz, den Menschenrechtsdialog mit den Vertretern der Aussenministerien wenn immer möglich aufrecht zu erhalten, solange es noch mögliche Anknüpfungspunkte für konstruktive Zusammenarbeit gibt. Gleichzeitig sei es jedoch wichtig, in Fällen von schweren Menschenrechtsverletzungen klar Stellung zu beziehen, um eine kohärente und glaubwürdige Position zu vertreten.

Im Anschluss an die Präsentation folgte eine lebendige und spannende Diskussion, in der auch kritische Fragen aus dem Publikum gestellt wurden, z.B. inwiefern es auf Schweizer Seite eine Sensibilisierung für eine mögliche Instrumentalisierung durch fremde Regierungen gibt, oder inwiefern die Schweiz sich auch aussenpolitisch dafür engagiert, dass kritische sozial- und geisteswissenschaftliche Forschung durchgeführt werden kann.

Arun Mahato, Hilfsassistent am Europainstitut

Keywords for India, and Beyond? Enriching the Global Social Science Vocabulary

On the 7th of May 2021, Prof. Ralph Weber and Dr Lerato Posholi organized a workshop with Prof. Rukmini Bhaya Nair (Indian Institute of Technology, Delhi) and Prof. Peter deSouza (Goa University). The workshop used Bhaya Nair and deSouza's book «Keywords for India: A conceptual lexicon for the 21st century» as a point of departure for reflecting on the core question of whether, and how, certain keywords for and from India (e.g. guru or nirvana or policy paralysis) can apply or be used to study contexts beyond India. The discussion covered some of the central themes of the Sinergia project «Reversing the gaze: towards post-comparative area studies» on the politics of conceptual travel, theoretical challenges to using concepts beyond their context of origin, and broader concerns around the nature of comparison.



Cover of the book by Rukmini Bhaya Nair, Peter Ronald deSouza (2020)

Two broad sets of critical insights were foregrounded in the contributions and discussions between invited speakers and participants. The

first set of insights raised questions regarding the notion of «reversing the gaze»: what does it mean? Which gaze are we reversing? Why must we «reverse the gaze»? How do we «reverse the gaze»? Prof. Bhaya Nair highlighted that the notion of «reversing the gaze» commonly amounts to a call to study Europe just as Europe studies the rest of the world but proposed that «reversing the gaze» should go beyond this to inspire ways of seeing the world anew. She remarked that in their book, the placing of «big academic concepts» such as democracy and subaltern next to everyday Indian keywords such as balti (Hindi/Urdu for «bucket») can provide new perspectives on the world. Prof. deSouza added a critical perspective on the notion of «reversing the gaze» by raising the question: «who is doing the gazing?» This question is loaded with topical issues about positionality and how it affects knowledge production.

The second set of insights surrounded the topic of concept travel. On this topic, the concern was whether all concepts can travel and what the conditions of possibility for concept travel are. Two key points were raised on this issue. The one point was that concepts can be deeply embedded in certain theoretical frameworks and socio-cultural contexts, making it difficult for them to be applicable outside their contexts of origin. The speakers emphasized that some of the keywords for India may be so embedded in Indian contexts that they are not applicable elsewhere, or may first need to be made fit for travelling, as had been the case with karma. The second point raised a word of caution against taking for granted that travelling concepts retain their

original meaning in different contexts. Concepts, especially social concepts, tend to expand or change meaning precisely in their travelling. For example: the concept of human rights, some may say, has expanded and evolved precisely because the original conception of human rights has been challenged in applications of the concept in many different contexts.

Overall, the fruitful discussions from the workshops raised important questions that will help us do some ground clearing in the Sinergia project. These questions and insights call for careful clarification of what is meant by «reversing the gaze» in the project and an illustration of how this reversal of the gaze can produce post-comparative area studies.

*Lerato Posholi, PhD
SNSF Fellow at the Institute
for European Global Studies,
Project «Reversing the Gaze:
Towards Post-Comparative
Area Studies»*

HINTERGRUND

Innovativ durchs Coronajahr: Ein Rückblick auf die digitalen Veranstaltungen der Fachgruppe

Im virtuellen Kamingespräch erscheinen mehr und mehr Rechtecke und zeigen gespannte Gesichter einiger Studierender des Masters European Global Studies. Die Botschafterin für Aserbaidschan und Turkmenistan, Muriel Peneveyre, ist Ehrengast dieses Abends und teilt mit den Teilnehmenden sehr persönliche Erfahrungsberichte ihrer Laufbahn und ihre Eindrücke zu der komplexen Region, in der sie die Schweiz vertritt. Im Anschluss nimmt sie gerne Fragen auf und schildert ausführlich die Vorzüge und Hindernisse einer diplomatischen Karriere.

Wenn die Fachgruppe des Masterstudiengangs European Global Studies, kurz FG, früher noch zu Stammtischen zum geselligen Zusammensitzen in Pubs einlud, so musste sie in den langen Zeiten des *physical distancings* neue Formate gründen. Bereits etablierte Veranstaltungsreihen, wie die halbjährlichen Kamingespräche, konnten in den virtuellen Raum übertragen werden während andere neu geschaffen wurden. Die FG vertritt die Interessen der Studierenden gegenüber der Universität und dem Europainstitut. Durch die Organisation regelmäßiger Events möchte sie einen angeregten und informellen Austausch fördern und thematische Debatten rund um unser Studium anstossen.

In diesem Sommersemester waren einige Vorstandsmitglieder der FG erstmals auf Facebook als Moderator:innen in einer Live-Diskussionsrunde zu sehen. Mit EUCOR (European Campus) und dem Sciences Po Forum der Sciences Po Straßburg gründete sie eine Konferenzreihe mit dem Titel: «The Cross-Rhine Convention». Die englischsprachigen Panels luden Ex-

pert:innen zu vier Kernthemen ein: Dem Schengener Abkommen und seine Herausforderungen seit der Pandemie, dem Green Deal der EU, der Zukunft von Kulturen in einer globalisierten Gesellschaft und dem europäischen Gesundheitssystem. Die Kooperation mit den Studierenden der Sciences Po verliehte den Veranstaltungen eine grenzüberschreitende europäische Perspektive in den Diskussionen, die sich auch in den fundierten Fragen der Moderator:innen zeigte. Im Chat durfte das Publikum Fragen an die Penalist:innen stellen, die alle in die Diskussionsrunden aufgenommen und besprochen wurden. Die Aufzeichnungen der Diskussionen sind online verfügbar auf: <https://www.facebook.com/ScPoForum>. Im nächsten Sommer soll die zweite Ausgabe der Cross-Rhine Convention geplant werden, vielleicht in Zukunft sogar jährlich abwechselnd in Basel oder Straßburg?

Die Uni ausschließlich über den Bildschirm zu erleben kann für viele oft herausfordernd sein. So überlegte sich die FG eine neue digitale Veranstaltungsreihe, mit

dem Ziel die Motivation für das Studium und den Austausch zu stärken und eine freudige Perspektive für die Welt danach zu schaffen: Im Herbstsemester fand die erste Q&A Session mit Alumni des Europainstituts statt. Die Studierenden des EIB konnten sich Tipps für die Aufgaben, die sie nach dem Abschluss erwarten, holen und Ideen für Praktika und Bewerbungen sammeln. Dank positiver Rückmeldungen wird die FG sicher auch in den folgenden Semestern dieses Format wiederholen. Im Winter 2021 wagten sich die Studierenden ausserdem an ein digitales Pub-Quiz mit Fragen über Inhalte aus dem Studium, Insiders über altbekannte Professor:innen und Details zum Europainstitut. Vorschläge für Veranstaltungen sind laufend willkommen und wer sich aktiv in der Organisation einbringen will, kann die FG gerne jederzeit anschreiben via fg-europa@unibas.ch.

Sophia Winkler, Studentin am Europainstitut und Mitglied der Studentischen Fachgruppe



Der Vorstand der FG setzt sich aktuell aus 9 Mitgliedern zusammen: *Kassandra Schmid, Stéphane Cartier, Julian Bulfinsky, Christoph Marti, Syltra Cuypers-Stanienda, Leonard Flach, Nina Meier, Corina Bucher, Sophia Winkler.*

New Research Fellow: Prof. Dr. Raquel Varela

Raquel Varela is a historian, researcher and university professor at the New University of Lisbon / IHC and honorary fellow of the International Institute for Social History (Amsterdam). She was a visiting professor for Global Labour History at Universidade Federal Fluminense (Brazil). She is a professor at ISEC, in the area of Labour Relations and she coordinates the International project «In The Same Boat? Shipbuilding industry, a global labour history», at ISSH Amsterdam. Prof. Varela has authored and coordinated 34 books on global labour history, the welfare state, the history of

Portugal and the history of Europe in the 20th century. In 2020 she was awarded the Simone Veil Grant at the University of Munich (Germany) and the Iberian Prize of ASI-COM/University of Gijon (Spain). At the Institute for European Global Studies, she carries out research in Mai, June and September 2021 within the project «The Divisive Power of Citizenship» (Project Leader: Prof. Madeleine Herren-Oesch), in particular giving a contribution to the study of exchanges in the ports of Goa and Mozambique, during the World War II, where she will study primary sources that can help to

elucidate the role of Switzerland in global relations, as well as the history of colonialism, and a broader concept of a «global» history of Europe.



New PhD Candidate: Imad Eddine Soualhi



Imad Eddine Soualhi is a PhD candidate in European Global Studies and is affiliated with our Institute. He has been awarded a Stipendium für Nachwuchskräfte aus Entwick-

lungsländern from Erziehungsdepartement des Kantons Basel-Stadt for his current PhD research on the representation of European Studies in the Arab Maghreb Union.

Imad holds a Master's degree in International Affairs from the University of Geneva, as well as Licenses degree with honors in Political Science from the University of Biskra, Algeria and the University of Lausanne. After his studies in Biskra, he worked extensively as an investigative journalist on issues including political inclusion and security, local security policy, the transformation of political violence and security landscape.

His current PhD research examines the representations and transformations of European Studies in the Maghreb universities. It traces the origins and institutionalization of European Studies in the region. Moreover, the study investigates the dynamic between scholarship and imaginative text and how the patterns of the relationship between administrative ideas and intellectual discipline generate and influence the physical architecture of knowledge production in European Studies. Beyond that, the study explores the structures and restructures of teaching and thinking «Europe» from one country to another and European Studies Now.

New Student Assistant: Lea Kasper

Lea Kasper has recently started as a new student assistant at the EIB in the SNF-project «The Divisive Power of Citizenship» led by Prof. Madeleine Herren-Oesch. Lea Kasper graduated from the University of Zurich with a Bachelor's degree in History and Archaeology. She has since started studying European Global Studies at the EIB.

Lea has always been interested in literature – as a balance to research literature, she mainly reads novels and writes reviews for a German literature blog. Previously, she worked in various departments of a football club and volunteers in the association «Baselbieter Kulturszene».



Veranstaltungen

Vortragsreihe «European Global Studies: Focus Citizenship for the 21st Century» (Termine werden noch bekannt gegeben).

15.10.2021, 17:15-18:30 Uhr: Diplomfeier des Europainstituts

01.11.2021, 18:15-19:45 Uhr: Europakolloquium: «Die Schweiz und die EU – eine aufregende Beziehungskiste: eine Debatte mit dem *Echo der Zeit* (Radio SRF)»

Ob die Veranstaltungen online, hybrid oder in Präsenz stattfinden, entnehmen Sie dem [Veranstaltungskalender](#) des Europainstituts.

Impressum

Der Newsletter erscheint vierteljährlich und wird in elektronischer Form versandt. Zum Abonnement, oder falls Sie Ihr Exemplar weiterhin gedruckt erhalten möchten, schreiben Sie bitte eine E-Mail an europa@uni-bas.ch.

Verantwortliche Redakteurin dieser Ausgabe:
Davina Benkert

Weitere AutorInnen dieser Ausgabe:
Madeleine Herren-Oesch,
Christa Tobler, Lerato Posholi,
Pascal Stocker, Arun Mahato, Sophia Winkler

Über das Europainstitut

Das Europainstitut ist ein interdisziplinäres Forschungsinstitut der Universität Basel. Es untersucht Fragen zur Entwicklung, Geschichte, Gegenwart und Zukunft Europas im globalen Kontext. In den übergreifenden Forschungsfeldern Gesellschaft, Recht, Geschichte, Politik und Wirtschaft werden Herausforderungen und Chancen der globalen Vernetzung Europas aufgezeigt. Die Ergebnisse werden in Büchern, Aufsätzen und dem E-Journal «Global Europe – Basel Papers on Europe in a Global Perspective» publiziert sowie bei Veranstaltungen und in der Presse präsentiert.

Die Studiengänge des Europainstituts (MA und PhD in European Global Studies) befassen sich mit Europa in globaler Perspektive und kombinieren Themen und Methoden der Rechts-, Wirtschafts-, Politik- und Geschichtswissenschaft. Das Programm in der Lehre bietet eine wissenschaftliche und zugleich praxisorientierte Ausbildung, die für Tätigkeiten im privaten und öffentlichen Sektor, insbesondere in der nationalen und internationalen Verwaltung, in Wirtschaft und Politik sowie in der Forschung qualifiziert.

Das 1993 gegründete Europainstitut wird unterstützt von Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik und Kultur. Direktorin des Europainstitutes ist die Historikerin Prof. Madeleine Herren-Oesch.